

Perspektive Sozialismus – Für die neue Linke

Wir wollen gemeinsam in die Zukunft unserer Partei eingreifen. Wir wollen eine starke Kraft aufbauen, die in der Lage ist auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit überzeugende Antworten zu geben – eine Partei, die im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Kräften der Gefahr des Faschismus entschlossen und wirksam entgegentritt. Eine Partei, die die dramatisch voranschreitende Klimakatastrophe als eine der zentralsten politischen Herausforderungen unserer Zeit behandelt und Konflikte um den ökologischen Umbau klassenpolitisch austrägt. Eine Partei, die die Menschenrechte und das Völkerrecht verteidigt und sich der Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik entgegenstellt. Wir kämpfen für die radikale Umverteilung des Reichtums, der Sorgearbeit und der politischen Macht aus den Händen der kleinen Minderheit an der Spitze der Klassenpyramide an die multiethnische Arbeiterklasse in all ihrer Vielfalt. Für eine Welt ohne Ausbeutung, ob in der Produktion oder der Reproduktion. Wir werden diese neue Linke aufbauen, indem wir Bildungsangebote machen, indem wir Austausch und gemeinsames Lernen ermöglichen und aktiv in den Kampagnen der Partei mitarbeiten.

Wir wollen neugierig sein und gemeinsam lernen, denn allein mit Altem lässt sich Neues nicht bewältigen. Wir wollen eine Partei aufbauen, die einen revolutionären Anspruch hat, weil sie den Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie ersetzen will – deren Radikalität sich aber daran misst, was sie im Hier und Heute bewegen, verändern und zum Guten gestalten kann. Wir wollen eine begeisternde Utopie von unserem queer-feministischen, migrantischen, ökologischen und demokratischen Sozialismus entwickeln. Bis wir vermögen, diese umzusetzen, basteln wir mit an praktischen Leuchttürmen, um im Hier und Jetzt zu zeigen, was die Ermächtigung der Linken flächendeckend bringen kann.

1. Revolutionäre Realpolitik

Revolutionäre Realpolitik muss von unten aus der Gesellschaft wachsen, so wie unsere Partei selbst. Unsere Leitidee ist die einer ökologischen, feministischen Klassenpolitik. In reale Klassenauseinandersetzungen einzugreifen, in ihnen aktiv zu sein und zu organisieren, in einer ökosozialistischen, feministischen Perspektive die Brücken zwischen den unmittelbaren Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen (an Lohn, Beschäftigungs- und Lebensbedingungen und sozialstaatliche Sicherung

und Infrastruktur) und dem Interesse an der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen zu schlagen, ist von zentraler Bedeutung.

Wir glauben, dass der Sozialismus der Zukunft ökologisch und feministisch sein muss: Weil wir eine Gesellschaft aufbauen wollen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet ist, in der die Demokratie vertieft und auf die Wirtschaft ausgeweitet wird, aber weil wir eben auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bewahren müssen, indem wir die auf Dauer gestellte Ausbeutung der Natur durch das Kapital beenden.

Uns eint die Überzeugung, dass abstrakte politische Antworten niemals gute politische Antworten sind. Unseren radikalen Anspruch gilt es daher im Hier und Jetzt zu begründen und mit Leben zu füllen, die Perspektive des Sozialismus gemeinsam mit anderen in der Partei neu zu erfinden und zu öffnen. Eine kritisch-oppositionelle Linke muss eingreifen und konstruktiv gestalten wollen. Der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht in Opposition, in Bewegungen und Initiativen ist für uns von herausragender Bedeutung, weil hier neue Ideen und Veränderungswille entstehen, politischer Druck erzeugt werden kann. In dieser Arbeit an Gegenmacht tragen wir zur Herausbildung eines gesellschaftlichen und politischen Unten-Mitte-Bündnisses bei, das Veränderungen vorantreibt, und die Linke möglicherweise zum Regieren im Konflikt und in Konfrontation mit den Eliten befähigt. In einer solchen Strategie des Bruchs, wie es unsere belgischen Genoss:innen formulieren, werden dann auch Einstiegsprojekte in den Sozialismus denk- und durchsetzbar.

Für uns ergibt das ein strategisches Viereck. Um zeitgemäße linke Politik zu machen, sollte man sich nicht in eine Ecke zurückziehen: In Opposition und Bewegung (Ecke 1) denken wir beispielsweise darüber nach, wie wir radikale Reformen in Regierung (Ecke 2) auch durchsetzen könnten, wenn die Kräfteverhältnisse Fortschritte zulassen. Gestaltungsmacht lässt sich hingegen am besten ausüben, wenn gesellschaftlicher Druck aufgebaut wird, der auch Regierende treibt - nur so können notwendige Konflikte erfolgreich durchgestanden werden. Und unsere Vorschläge für große und grundlegende Reformen (Ecke 3) entwickeln wir, indem wir gleichzeitig die Debatte mit Bündnispartnern führen, mit denen wir an einem Unten-Mitte-Bündnis arbeiten (Ecke 4). Regieren im Konflikt ist unseres Erachtens ein Mosaikstein für den sozialistischen Umbau des Landes, bei dem es darum geht die Macht der unteren Klassen auszuweiten, und die des Kapitals einzugrenzen und zu überwinden, auch auf dem

Terrain des Staates. Rebellisches Regieren ist deshalb voraussetzungsvoll, eine Möglichkeit, für die es gilt, die richtigen Bedingungen zu schaffen - ohne Gegenmacht, ohne gesellschaftlichen Aufbruch, ohne treibendes Unten-Mitte-Bündnis keine Regierung mit Linken.

2. Die Widersprüche sind unsere Hoffnung

Eine neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung hat begonnen, die durch angespannte Verteilungskämpfe, eine neue außenpolitische Blockkonfrontation, scheiternde „Klimapolitik“ und eine starke antifeministische und rassistische Rechtsentwicklung gekennzeichnet ist – einerseits aufgrund der Übernahme rechter Forderungen durch alle anderen Parteien, andererseits aufgrund der Wahlerfolge der AfD. Gleichzeitig setzt sich etwas fort, was bereits in den zurückliegenden Jahren zu beobachten war: Der Vertrauensverlust in die etablierten Parteien und Politiker:innen. Das führt mitnichten zu einer einfachen und grundsätzlichen Infragestellung des politischen Systems. Neben Apathie und Rückzug, neben demokratischer Kritik an der Konzern- und Lobbymacht, führt diese Vertrauenskrise auch zum Erstarren antidemokratischer, rechtspopulistischer und faschistischer Ideologie.

Sozialer Antifaschismus

Wir erleben eine Faschisierung der Gesellschaft, das Ende ist offen. Faschisierung bedeutet nicht, dass eine fertige faschistische Bewegung schleichend die Macht übernimmt, sondern dass ideologische und praktische „Elemente“, die eine solche Bewegung und faschistische Herrschaft ermöglichen, gesellschaftlich verbreitet werden. Dazu gehört eine andauernde Abwertung und Ausgrenzung „des Fremden“, „des Weiblichen“ und „des Unten“, die Verbreitung/ Normalisierung von politischer und privater Gewaltbereitschaft und tradierten Geschlechterrollen, Delegitimierung demokratischer Einrichtungen und nicht zuletzt Überlegungen im Spektrum demokratischer Parteien, mit der Partei der heutigen postfaschistischen Bewegung zusammenzuarbeiten, der AfD.

Die Faschisierung ist ein Ergebnis des missglückten Umbaus eines durch tiefe soziale und politische Machtungleichheiten geprägten fossilen deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells (Mario Candeias) hin zu etwas Neuem, das sozial und ökologisch nachhaltiger ist. Einen reaktionären Rand hat es in der deutschen Gesellschaft immer gegeben, seine Stärkung ist Folge gescheiterter Reformpolitik. Wie die Faschisierung

endet, hängt von uns ab, Die Linke ist dafür entscheidend. Wir brauchen eine antifaschistische Strategie, die Errungenschaften und Freiheiten verteidigt und gleichzeitig die Ursachen der Rechtsentwicklung bekämpft – Antifaschismus heißt also gleichzeitig Verteidigung der Demokratie und Schutz aller hier lebenden Menschen vor Ausgrenzung und Gewalt, und Aufbau eines politischen Projektes, das dem Faschismus den Nährboden nimmt: Wir brauchen einen sozialen Antifaschismus.

Gewerkschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten eher in die Defensive geraten waren, konnten in den letzten Jahren erstaunlich erfolgreiche Tarifaueinandersetzungen führen. Es wäre übertrieben von einer offensiven Gewerkschaftspolitik zu sprechen, die Konfliktpotenziale und möglicherweise auch die Kampfbereitschaft scheint in Teilen der Gewerkschaftsbewegung allerdings da zu sein. Hierfür stehen die Tarifikämpfe im öffentlichen Dienst, im Gesundheits- und Pflegebereich, auch in der Metall- und Elektroindustrie oder zum Teil im Einzelhandel. Sie alle zeigen, gewerkschaftliche Organisierung von unten lohnt sich.

Ökologische Klassenpolitik

Die „Klimabewegung“, politisch vielschichtig wie sie war, war die größte soziale Bewegung der letzten Jahrzehnte. Sie ist in die Defensive und Krise geraten, während die Ampelregierung die selbst gesetzten Klimaziele verfehlt hat. Dafür gibt es mehrere Gründe, z.B. die Einbindung von Bewegungsaktiven in die Regierungsparteien, fehlende Erfolge, die Mut und Energie nehmen, aber auch eine fehlende breite soziale Basis, die dem Kampf gegen die Erderhitzung auch in der Breite der lohnabhängig arbeitenden Menschen starken Rückhalt hätte geben können. Der Kampf gegen die Erderhitzung bleibt aber von zentraler Bedeutung, weil auf dem heute noch eingeschlagenen Entwicklungspfad ein zivilisationszerstörender Bruch droht. Bleibt alles genau so wie es ist, werden große Teile Subsahara-Afrikas, Südostasiens und der Amerikas unbewohnbar, werden Teile Südeuropas zu Wüsten werden, werden Wasser; Nahrungsmittel und Rohstoffe auch militärisch umkämpft werden, noch stärker als heute schon.

Die Erderhitzung zerstört aber nicht nur die Heimat von vielen Millionen, die ein neues Zuhause suchen müssen, es wird auch in unseren Breitengraden zu Verschlechterungen und Leid führen. Lebensmittelpreise werden in einem viel stärkeren Maße steigen als noch in den letzten Jahren, in Teilen Deutschlands wird

man nur noch unter unwirtlichen Bedingungen leben können, Hitzesommer, Starkregen, große Brände, Stürme und neue Krankheiten werden unser Leben grundsätzlich verändern. Wie immer in einer Klassengesellschaft: Am meisten darunter leiden wird darunter die untere Hälfte der Bevölkerung, werden die lohnabhängig arbeitenden Menschen.

Der Kampf gegen die Erderhitzung und für eine sozial faire Klimaanpassung (z.B. die Städte „hitzebeständig“ machen durch den Bau von Kühlhallen oder den Bau von neuen Kanalisationssystemen, die auf die erwartbaren Starkregenfälle ausgelegt sind) ist für eine Linke, die auch Klassenlinke sein will, deshalb von ganz zentraler Bedeutung. Um eine soziale Machtbasis aufzubauen, müssen wir am Brückenschlag zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung arbeiten. Wir müssen unsere Gewerkschaften weiter „ökologisieren“ und innerhalb der Klima- und Umweltbewegung die Perspektive der unteren Klassen und Gewerkschaften stärken.

Wir brauchen einen revolutionären Realismus: Wir müssen an Machbarem ansetzen, an allem, was Verbesserung und Hoffnung verspricht, und uns deshalb nicht auf das Unmittelbare begrenzen. Denn nichts könnte im Angesicht der drohenden Klimakatastrophe unrealistischer sein. Der Systemwechsel, für den wir eintreten, ist eine Perspektive, die in wirklichen Auseinandersetzungen entfaltet werden muss. Um das zu tun, können wir an einem reichhaltigen Diskussionsstand in der Linken anknüpfen, etwa über einen linken Green New Deal oder Ökosozialismus.

Feminismus als sozialistische Transformationsstrategie entwickeln

In den letzten Jahren haben feministische Bewegungen weltweit neue Dynamiken und Impulse erfahren. Die #MeToo-Bewegung löste 2017 eine globale Welle aus und ermutigte Frauen öffentlich über sexualisierte Gewalt und Belästigung zu sprechen. In Lateinamerika sind die feministische Bewegung Ni Una Menos und ihre Schwesterbewegungen zu einem bedeutenden Teil des Widerstands gegen Gewalt gegen Frauen und Femizide geworden. In Polen bildete sich ein Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche, das 2020 durch die strikte Entscheidung des Verfassungsgerichts zur Verschärfung des Abtreibungsgesetzes an Intensität gewann. Tausende von Frauen gingen auf die Straße, um gegen die Einschränkung der reproduktiven Rechte zu protestieren. Im Iran hat die Jin Jiyan Azadi-Bewegung (übersetzt: „Frauen, Leben, Freiheit“) die Welt erschüttert, als sie als Reaktion auf die

brutale Behandlung von Frauen und die Unterdrückung durch das Regime entstand. Diese internationalen Bewegungen, aber auch die feministischen Kämpfe hierzulande und insbesondere die Streikbewegungen im professionellen Sorgebereich beweisen ein enormes Anschlusspotential.

Immer wieder kommen an vielen Orten in der Welt frauengeführte Bewegungen auf und zeigen den zunehmenden Unmut mit den Verhältnissen, aber auch die Unfähigkeit von Parteien, den Forderungen eine politische Heimat zu bieten. Das Potential für die Sorgerevolution ist da und schaut an einigen Stellen vorsichtig aus dem Versteck. Es ist an der Zeit zu dieser Heimat zu werden, dazu brauchen wir in Der Linken eine stärkere Auseinandersetzung mit feministischer Klassenpolitik.

Statt auf halbherzige Reformen zu setzen und uns in Vereinzelung zu zerbröseln, setzen wir auf einen Feminismus der 99%. Er geht die kapitalistischen Ursachen der Ausbeutung von Mensch und Natur an. Er beschränkt sich nicht auf traditionell definierte "Frauenthemen", sondern vertritt die Belange aller Ausgebeuteten. Für Sorgezentren, lebenswerte Städte, profitbefreite Gesundheitsversorgung, Kindertagesstätten, in denen die freie Entwicklung eines jeden Kindes und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicher sind.

Wir müssen uns zu einer feministischeren Partei entwickeln. Dazu gehört nicht nur eine andere Debattenkultur und Praxis nach innen, sondern auch die Erkenntnis, dass Ausbeutung in der Sorgearbeit zu den zentralen Stützen des Kapitalismus gehört und wir einen strategisch-programmatischen Klärungsprozess dazu vorantreiben müssen. Ausgerüstet mit einer ökologischen, feministischen und antikapitalistischen Vision entwickeln wir Feminismus als eine sozialistische Transformationsstrategie.

Die Kräfteverhältnisse und Rolle der Linken

Wir müssen die politischen Kräfteverhältnisse richtig einschätzen. In der Nacht sind nicht alle Katzen grau, auch wenn es auf den ersten Blick den Anschein macht. Die Ampelkoalition hat die von vielen in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Zahlreiche Menschen, allen voran Frauen, haben sich in der Folge von ihnen abgewandt. Grund dafür ist auch ihr strategischer Ansatz, Politik Hand in Hand mit denen zu machen, die von der neoliberalen Ausbeutung der zurückliegenden Jahrzehnte profitiert haben. Gleichwohl unterscheiden sich SPD und Grüne von Union und FDP. In beiden Parteien gibt es Teile, die für eine moderate soziale, feministische und ökologische

Reformpolitik eintreten und eingetreten sind, die zwar bei weitem nicht weit genug geht, aber Anknüpfungsmöglichkeiten bietet. Diese Teile führen nicht, sie sind aber weitaus stärker als während der Zeit der Agendapolitik unter Gerhard Schröder. Ähnliches gilt für die Rechtsentwicklung. Wir machen die Erfahrung, dass SPD und Grüne insbesondere in der Migrationspolitik eine Politik machen, die dem Druck von rechts nachgibt. Gleichzeitig kämpfen wir mit Sozialdemokraten und Grünen in antifaschistischen Zusammenhängen gemeinsam gegen die AfD. Die Widersprüche dieser Entwicklungen, aus denen sich Ansatzpunkte sozialistischer Politik ergeben, müssen wir genau analysieren, um unsere Aufgaben zu bestimmen.

In dieser neuen Zeit muss Die Linke ihre Rolle finden und erfüllen: Aufbau einer starken Bewegung für soziale Gleichheit; Kampf gegen die Erderhitzung und damit die kapitalistischen Ursachen der zivilisationsbedrohenden Umweltzerstörung; Verteidigung der Demokratie, um mehr Demokratie durchzusetzen, und deshalb Entwicklung einer zeitgemäßen antifaschistischen Mobilisierungs- und Bündnispolitik; Einsatz in einer multipolaren imperialistischen Welt für eine neue Entspannungspolitik, die von unten die Interessen der Völker und das Recht auf Selbstbestimmung verteidigt; Kampf für die gerechte Verteilung von Sorgearbeit und damit gegen ein zentrales Standbein der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung.

Die Linke wird als gesellschaftlich relevante Kraft nur dann eine Rolle spielen können, wenn sie harte und treibende Opposition ist, die bereit ist, dort Veränderungen durchzusetzen, wo es möglich und sinnvoll ist, und in all ihrem Tun versucht, über den Kapitalismus hinaus zu gelangen. Sie muss so radikal sein wie die Verhältnisse, in denen sie kämpft; und so realistisch, wie ein Marathonläufer mit großem Ziel vor Augen. Sie muss glaubwürdig das Miteinander vorleben, dass sie in der Gesellschaft verankern will. Die Faschisierung der Gesellschaft werden wir nur aufhalten, wenn wir eine glaubhafte Alternative aufbauen – eine, von denen die Menschen auch glauben, sie könne die Welt für sie so verändern, dass es sich lohnt.

3. Unsere Aufgaben- und Schwerpunktsetzung

Wir bringen uns neugierig in die Bildungsarbeit und Diskussionsräume der Partei ein. Wir arbeiten in allen Foren und Gremien mit, um die Zukunftsfragen unserer Partei zu klären. Wir setzen uns insbesondere für Bildungsinhalte und -formate ein, durch die Arbeiter:innen, Frauen, Migrant:innen sowie marginalisierte Gruppen sich ausbilden

können, um mehr politische Verantwortung übernehmen und stärker politische Führungsrollen einnehmen zu können. Wir werden uns gemeinsam mit anderen in den kommenden Jahren auf vier große Arbeitsfelder konzentrieren:

(1) Wir werden uns für die Stärkung einer ökosozialistischen Klassenpolitik einsetzen, die den Brückenschlag zwischen Klima- und Umweltbewegung und Gewerkschaftsbewegung schafft, für die Weiterentwicklung eines Reformprogramms engagieren, das gleichzeitig soziale Ungleichheit und politische Machtballung in den Händen der Besitzenden bekämpft, wirksam die Erderhitzung begrenzen kann und die Anpassung an die Erderwärmung (Wohnen, städtische Infrastrukturen etc.) angeht. Strategisch ist deshalb für uns die Stärkung eines gewerkschaftlichen Profils unserer Partei, unsere Verankerung in Betrieb und Gewerkschaften und zugleich deren „Ökologisierung“ wichtig. Es gibt viele Wege, um das zu tun, besonders wichtig sind uns aber zwei, die wir in den Mittelpunkt stellen werden. Wir wollen unsere Mitglieder zum einen ermutigen und befähigen aktiv an gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen teilzunehmen – selbst als gewerkschaftlich aktive Kolleg*innen, oder als Linke in Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit. Dazu gehört auch, an Diskussionen und Anstrengungen um die Erneuerung einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik teilzunehmen. Zum anderen werden wir uns dafür einsetzen, dass Arbeiter*innen und einfache Angestellte stärker den Ton in unserer Partei angeben und ihr Gesicht prägen.

(2) Wir werden daran mitwirken eine antifaschistische Mobilisierungs- und Bündnisstrategie für Die Linke zu entwickeln, die ein Doppeltes schafft: Erstens, die Verteidigung demokratischer, freiheitlicher und feministischer Errungenschaften gegen AfD und Co. einerseits, gegen Sozial- und Demokratieabbau und rassistische Migrationspolitik demokratischer Parteien andererseits. Zweitens, den Aufbau eines antifaschistischen Bündnisses, das die sozialen und politischen Wurzeln der Faschisierung ausreißen kann.

(3) Wir werden dazu beitragen, Die Linke strategisch, inhaltlich und programmatisch für die Zukunft fit zu machen. Wir werden deshalb viel Zeit und Ressourcen investieren, um Bildungsangebote zu machen und Debattenräume zu öffnen. Wir wollen eine breite Strategiedebatte in der Partei vorantreiben mit dem Ziel, Mehrheiten in der Gesellschaft für linke Positionen zu gewinnen. Wir formulieren den Anspruch eine neue Diskussionskultur für Die Linke mitzuprägen, indem wir immer davon ausgehen, dass

das Stückchen Wahrheit, das uns fehlt, die Wahrheit der anderen ist (nach Dieter Strützel). Wir wollen als bündnis- und dialogfähiger Teil der Partei dazu beitragen. Bildung und Debatte auf Augenhöhe sind dafür entscheidend.

Wir setzen uns für internationale Kooperation der Staaten, die Wahrung des Völkerrechtes, ein friedliches Zusammenleben der Völker und eine antimilitaristische Politik ein. In diesem Sinne sind wir Anti-Imperialist*innen: Wir bekämpfen das Großmachtstreben und ein Denken in Einflusssphären, an dessen Ende der Anspruch (und die Akzeptanz dieses Anspruches) steht, diese selbst definierten Einflusssphären im Notfall auch mit Gewalt zu beherrschen.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat die Frage noch deutlicher auf die Tagesordnung gesetzt, wie eine linke Friedens- und Sicherheitspolitik angesichts einer multipolaren imperialistischen Weltordnung aussehen muss, in der mehrere imperiale Mächte und ihre Bündnisse miteinander kämpfen. Einige von uns lehnen beispielsweise Waffenlieferungen an die Ukraine strikt ab, andere sehen darin ein notwendiges Übel, um den Sieg des russischen Imperialismus über die um Unabhängigkeit kämpfende Ukraine zu verhindern und so die Bedingung für eine stabile Friedensordnung in Osteuropa zu schaffen. Dahinter steckt für uns alle eine große Herausforderung: Die Linke ist zum einen die Partei, die sich im Grundsatz gegen Waffenexporte ausspricht, weil die Waffen im Regelfall Aggressoren dienen, die damit Unterdrückung, Leid, Gewalt produzieren. Sie ist zum anderen die Partei der Menschenrechte und des Völkerrechts, egal wer gegen diese verstößt. Trotzdem bleiben Fragen offen: Wie sieht unsere Solidarität mit den Angegriffenen aus, erst recht, wenn wir das Selbstverteidigungsrecht der Menschen verteidigen? Was müssen wir tun, um uns weder hinter abstrakten Forderung zu verstecken, noch im politischen Mainstream unterzugehen?

Wir haben bisweilen unterschiedliche Antworten auf diese Fragen. Doch uns eint der Wille, die Linke als entschiedene Gegnerin der Aufrüstung, der Militarisierung der Außenpolitik und eines neuen Kalter-Krieg-Denkens in der Bundesrepublik zu stärken, die neue Weltordnung zu begreifen und neue gemeinsame Antworten zu entwickeln. Wir werden uns deshalb aktiv in die Diskussion über eine zeitgemäße antiimperialistische Friedens- und Sicherheitspolitik einbringen.

(4) Wir werden daran mitarbeiten, dass Die Linke von unten wächst, nah an den Menschen ist, dienlich ist. Wir setzen uns für eine kämpferische und organisierende Partei ein, die an Mieten-Organizing oder gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen teilnimmt. Wir wollen eine Partei, die soziale Angebote macht, die auch für den Alltag da ist, deren Funktionäre und Abgeordnete nicht abgehoben sind. Deshalb setzen wir uns für Mandatszeitbegrenzungen und höhere Mandatsträgerabgaben ein - für Abgeordnete auf Bundes-, Landes- und Europaebene wollen wir die Deckelung der Gehälter Richtung durchschnittlichem Fachkräftelohn. Wir wollen eine Partei, die hilft und sich sorgt; eine Partei, deren Mitglieder mit Initiativen und Bewegungen zusammenarbeiten und selbst in ihnen aktiv sind – eine Partei in Bewegung. Eine linke Partei, die sich im Land wirklich verankern will, und dringend notwendige Reformen durchsetzen will, muss all das leisten.